

Freiheit kann
man wählen.

Das Kurzwahl-
programm der
Berliner FDP.

fdp-berlin.de

DIE NEUE
Wahlfreiheit

FDP

Berlin

Die neue Berliner FDP

Sehr geehrte Wählerinnen und Wähler,

die FDP hat sich in den letzten Monaten insgesamt erneuert – personell und auch im Programm. Die Berliner FDP tritt bei dieser Wahl für Sie an – mit neuen Köpfen und einem neuen Programm: „DIE RICHTIGEN ANTWORTEN“.

» Wir gestalten eine Politik der Freiheit. Anderen Parteien, die möglichst alles staatlich reglementieren oder verbieten wollen, stellen wir uns entgegen. Denn wir wollen für Sie möglichst viel Raum für Entfaltungsfreiheit und Eigenverantwortung schaffen. Wie Sie Ihr Leben gestalten wollen, das geht die Politik nichts an.

» Wir wollen gleiche Chancen für alle Berlinerinnen und Berliner. Die Politik muss Chancen eröffnen, sie aber ergreifen, das kann und muss jeder selbst und in eigener Verantwortung.

» Bildungschancen und wirtschaftliches Wachstum stellen die Weichen für die Zukunft Berlins. Blühträume und Heilsversprechungen sind nicht Sache der FDP. Unsere wachstumsorientierte Politik bietet eine reale Perspektive für Arbeit und Wohlstand in Berlin.

Für Freiheit, Chancengerechtigkeit und Selbstverantwortung steht in Berlin nur die FDP.



Ihr Christoph Meyer

Landesvorsitzender der FDP Berlin



Wahlfreiheit für ...

Bildung

Wirtschaft

Haushalt und Finanzen

Bürokratieabbau

Verkehr

Stadtentwicklung und Wohnen

Bürgerrechte

Integration

Toleranz und gegen Extremismus

... Sie.

Wahlfreiheit für Schüler, Eltern und Lehrer im Bildungssystem

Die ständige Nivellierung der Bildungsqualität nach unten muss aufhören!

Berlin braucht ein vielfältiges Schulsystem, das eine gezielte individuelle Förderung erlaubt. Darum fordern wir den Erhalt von Gymnasien – ohne Wenn und Aber! Statt die guten Schülerinnen und Schüler schwächer zu machen, muss die Qualität der schulischen Bildung insgesamt verbessert werden. Für uns bedeutet dies:

- » Die andauernde und bewusste Schlechterstellung der Gymnasien und freien Schulen muss beendet werden.
- » Schon bei der Einschulung müssen alle Kinder dem Unterricht folgen können. Kinder mit Deutschdefiziten sollen vor Schulbeginn verpflichtend zwei Kita-Jahre mit Sprachförderung absolvieren.
- » Kitas sollen ihre Betreuungszeiten stärker an den Bedürfnissen der Eltern ausrichten.
- » Schulen sollen volle Personal- und Budgethoheit erhalten und über Profile und Organisation selbst entscheiden. Berlin braucht keine verbeamteten Lehrer, sondern gute Arbeitsbedingungen für Pädagogen. Wir wollen keine autoritär-zentralistische Schulbehörde.



Gute Bildung darf kein Glücksspiel sein! Darum fordern wir:

- » Weg mit dem ungerechten Losverfahren, das über die Zukunft unserer Kinder entscheidet!
- » Eltern sollen die Grundschule unabhängig vom Wohnort selbst frei wählen dürfen.
- » Weiterführende Schulen sollen ihre Schüler selbst auch nach Leistung, Begabung und Neigung aussuchen dürfen.
- » Das Abitur soll an Gymnasien grundsätzlich auch weiterhin nach 12 Jahren abgelegt werden. Dafür müssen die Lehrpläne entschlackt werden.

Wirtschaftliche Wahlfreiheit für Arbeitnehmer und Unternehmer

Berlin soll wirtschaftlich dauerhaft stärker wachsen als der Bund. Statt immer mehr Staatswirtschaft benötigt Berlin privates Kapital und Unternehmertum. Freiberufliches und unternehmerisches Engagement muss in Berlin wieder stärkere Wertschätzung erfahren.

Das Land muss Rahmenbedingungen auf der Grundlage von Wettbewerb, Leistungsgerechtigkeit und Selbstverantwortung setzen. Eine politische Unterteilung in „gute“ und „schlechte“ Arbeitsplätze und Wirtschaftszweige lehnen wir ab.

Aufträge der öffentlichen Hand müssen sich an der Wirtschaftlichkeit, nicht an Sozialromantik oder dem billigsten Preis orientieren.



Alle Verwaltungen müssen Wirtschaftsentwicklung als Querschnittsaufgabe wahrnehmen.

» Alles, was Erwerbschancen in unserer Stadt erhöht, muss Berlin fördern.

» Alles, was Wachstumsperspektiven bremst, soll Berlin unterlassen.

Wachstum entsteht nicht durch Sonntagsreden. Wir wollen mit einer neuen Anlaufstelle (Gründerhaus) helfen, Kompetenzen und Kapital in der Gründungsphase gezielt zu akquirieren.

Berlin muss die bestehenden Cluster und Kompetenzfelder konsequent weiterentwickeln. Wir wollen den Unternehmensservice stärker bündeln, ansiedlungsbereiten Unternehmen schneller geeignete Flächen nachweisen und die IBB als Förderbank für die Berliner Wirtschaft weiter stärken.

Eine Verstaatlichung von Unternehmen im Rahmen von (Re-)Kommunalisierungen lehnen wir als zu teuer und unnötig strikt ab. Alle bestehenden Landesbeteiligungen sind auf ihre Berechtigung zu überprüfen.

Haushalt und Finanzen

Wahlfreiheit für die Steuerzahler von heute und kommende Generationen

Wer arbeitet, muss auch mehr in der Tasche haben! Darum wollen wir Abgaben, Gebühren und Steuern in Berlin senken.

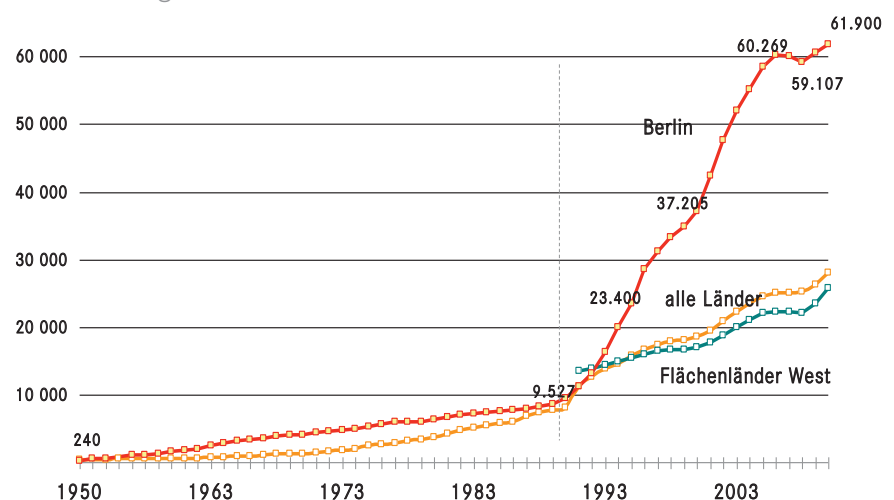
- » Grundsteuer, Grunderwerbsteuer und Gewerbesteuer sollen sich zukünftig an Vergleichsregionen orientieren und damit niedriger werden. Eine Ausdehnung der Gewerbesteuer auf Freiberufler lehnen wir ab.
- » Weitere Abgaben- und Steuererhöhungen schließen wir aus.
- » Die Wasserpreise können sofort sinken, wenn Berlin auf seine überzogenen Entnahmen aus den Wasserbetrieben verzichtet.
- » Das Straßenausbaubeitragsgesetz wollen wir abschaffen.

Individuelle Lebensrisiken dürfen von der Politik nicht reflexhaft auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Steigende Belastungen für untere und mittlere Einkommen zur Finanzierung von Sozialleistungen, die über dem Niveau anderer Bundesländer liegen, sind verantwortungslos.

Der Berliner Landeshaushalt muss wirksam konsolidiert werden. Mit unseren Vorschlägen kann Berlin einen ausgeglichenen Haushalt schon Mitte der nächsten Legislaturperiode erreichen.

- » Die Einnahmen wollen wir durch kontinuierliches Wirtschaftswachstum steigern.
- » Auf der Ausgabenseite wollen wir die Effizienz staatlicher Leistungen, vor allem im Sozialbereich, bei der öffentlichen Beschaffung und im Personalsektor verbessern. Leistungen, die den Effizienztest nicht bestehen, werden wir ersatzlos streichen. Klientelprojekte wie den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), die Gemeinschaftsschule und das Quartiersmanagement schaffen wir ab.

Verschuldung des Landes Berlin in Mio. Euro



Bürokratieabbau

Wahlfreiheit für Bürger und Unternehmen durch weniger Bürokratie

Berlin ist das Bundesland mit den meisten Regeln, Verboten und Vorschriften. Wir wollen das ändern und Bürokratie spürbar abbauen. Weniger Bürokratie sorgt dafür, dass Bürger, Unternehmer und Freiberufler sich auf das Wesentliche – ihren persönlichen und wirtschaftlichen Erfolg – konzentrieren können.

- » Die Verantwortungsbereiche von Bezirks- und Landesebene wollen wir klar trennen, damit ein verantwortlicher Ansprechpartner für Sie zur Verfügung steht und zügig Entscheidungen trifft.
- » Langwierige Genehmigungsverfahren wollen wir zunehmend durch unbürokratische Anzeigeverfahren ersetzen. Zum Beispiel sollen Unternehmen unbürokratisch einen stadtwweit gültigen Parkausweis erhalten.
- » Die Verwaltung muss sich künftig auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dazu benötigen wir – wie ein Vergleich mit der Hamburger Verwaltung zeigt – nur noch einen schlanken Personalkörper mit weniger als 93.000 Vollzeitstellen, der dann auch wettbewerbsfähig bezahlt werden kann.



Wahlfreiheit bei Verkehrsinfrastruktur und Verkehrsmitteln

Große innerstädtische Infrastrukturprojekte dürfen nicht länger politisch blockiert werden.

- » Wir wollen die A100 in Richtung Osten auch über den 16. Bauabschnitt hinaus weiterbauen. Das entlastet die angrenzenden Bezirke, schafft einen besseren Anschluss des Ostteils unserer Stadt an die Verkehrsinfrastruktur und stärkt die Berliner Wirtschaft.
- » Die Tangentialverbindung Ost (TVO) muss vollendet werden.
- » Den Instandhaltungsrückstau bei der öffentlichen Infrastruktur wollen wir beseitigen.
- » Das S-Bahn-Chaos muss beendet werden, indem die Leistungen im Wettbewerb in Teilabschnitten ausgeschrieben werden. Dadurch erreichen wir für alle Fahrgäste endlich Zuverlässigkeit, bessere Leistungen und günstigere Fahrpreise.

Die Drangsalierung des Individualverkehrs aus ideologischen und verkehrserzieherischen Gründen lehnen wir ab. Wir fordern:

» Auf Hauptstraßen soll Tempo 50 die Regel sein. Ausnahmen sollen beispielsweise vor Bildungseinrichtungen gelten.

» Die Parkraumbewirtschaftung soll lenken und nicht den motorisierten Verkehr abzocken. Darum wollen wir keine Ausweitungen der Parkraumbewirtschaftung. Die bestehenden Zonen werden wir kritisch überprüfen.

» Die Begrenzung von Parkplätzen in der Innenstadt durch eine „Stellplatzobergrenzenverordnung“ vor Einkaufsmärkten etc. lehnen wir ab.

» Durch ein intelligentes Verkehrsleitsystem sollen Staus in Baustellenbereichen – zum Beispiel im Umfeld der AVUS – vermieden werden.

» Die übermäßige Ausdehnung von Fahrradangebotsstreifen auf Hauptstraßen lehnen wir ab.

» Die wirkungslose sogenannte „Umweltzone“ werden wir abschaffen.

Stadtentwicklung

und Wohnen

Wahlfreiheit durch Dynamik bei Stadtentwicklung und im Wohnungsmarkt

Die Stadtentwicklungspolitik muss sich an dem Leitbild einer wachsenden Stadt orientieren.

- » Die großen Freiflächen in der Stadt (Tempelhoof, Tegel, Mediaspree, Heidestraße etc.) müssen nachfrageorientiert und aufeinander abgestimmt entwickelt werden.
- » Die FDP begrüßt die Aufwertung von Stadtquartieren durch private Investitionen. Der grünen Idee einer „Gentrifizierungspolizei“, die prüft, ob und wie Sie Ihr Haus oder Ihre Wohnung sanieren dürfen, erteilen wir eine klare Absage. Verpflichtende energetische Sanierungen, die sich nicht rechnen, lehnen wir ab.
- » Die Preisbildung am Wohnungsmarkt ist das Ergebnis von Angebot und Nachfrage. Steigende Mieten in einigen Stadtteilen können nicht durch dauerhafte und milliarden schwere Subventionen an aufgeblähte staatliche Wohnungsunternehmen begrenzt werden.
- » Anreize für mehr Wohnungsneubau und Eigentumserwerb, auch mittels neuer Genossenschaften und Bürgschaften, schaffen mehr Angebot und dämpfen die Mietentwicklung.
- » Berlin muss Mietnebenkosten aktiv senken, beispielsweise durch geringere Abgaben und niedrigere Grundsteuer.

Bürgerrechte

Wahlfreiheit durch mehr Bürgerrechte – auch bei der Wahl

Als unbescholtener Bürger sollen Sie sich unbeobachtet bewegen und verständigen können. Angst ist bei der Sicherheitsgesetzgebung ein schlechter Ratgeber. Neue Verbote und schärfere Sicherheits- und Überwachungsgesetze sind oft Populismus und bieten keine echten Lösungen. Wir fordern:

- » Ihre Daten müssen bei Staat und Privaten sicher sein. Datensparsamkeit muss überall oberstes Gebot sein, denn Daten, die nicht erhoben werden, können auch nicht missbraucht werden.
- » Ihre Daten im Melderegister sollen von Dritten nicht mehr grundlos, sondern nur bei berechtigtem Interesse abgefragt werden können.
- » Maßnahmen der Video-, Telefon- und Internetüberwachung und Speicherung müssen transparent gemacht, wissenschaftlich evaluiert und auf das notwendige Maß beschränkt werden.
- » Datenmissbrauch muss künftig auch einen Schadensersatzanspruch nach sich ziehen.
- » Beim Wählen sollen Sie endlich die Parteilisten durch Ihre Stimmen verändern können (Kumulieren und Panaschieren).

Integration

Wahlfreiheit für Migranten durch erfolgreiche Integration

Die FDP steht für ein Fördern und Fordern in der Integrationspolitik. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der wesentliche Schlüssel für eine erfolgreiche Integration und eine Bringschuld von Migranten.

- » Zukünftig soll Berlin mit Migranten individuelle Integrationsvereinbarungen schließen, die klare Integrationsziele (z. B. Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen) und im Gegenzug staatliche Leistungen definieren. Die Nichteinhaltung der Vereinbarung soll konsequent sanktioniert werden.



- » Migranten sollen durch eine leichtere Anerkennung ihrer vorhandenen Qualifikationen mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten.
- » Mit dem Erwerb des Abiturs oder eines Studienabschlusses sollen Absolventen künftig eine Aufenthaltsperspektive erhalten.

Für Toleranz und gegen Extremismus

Wahlfreiheit bei der Lebensgestaltung durch konsequente Bekämpfung linksextremistischer Gewalt

Infolge der kontinuierlichen Verharmlosung links-extremistischer Aktivitäten durch Rot-Rot-Grün ist in den letzten Jahren ein Klima entstanden, das linksextremistische Taten bagatellisiert und damit begünstigt.

Die FDP verurteilt jede Art von Extremismus und ideologischer Intoleranz, egal ob von „links“, „rechts“ oder aus vermeintlich „religiösen“ Gründen.

- » Niemand, erst recht kein Extremist, darf Ihnen diktieren, in welchem Bezirk Sie wohnen, Eigentum erwerben oder welche Automarke Sie fahren dürfen.
- » Darum müssen die verstärkt auftretende links-extremistische Gewalt und politisch motivierte Brandanschläge politisch eindeutig verurteilt und die Täter konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden.
- » Projekte gegen Linksextremismus müssen in Berlin endlich auch gezielt gefördert werden.
- » Die Ausstattung der Berliner Polizei muss so verbessert werden, dass sie ihre Aufgaben auch im Bereich der Prävention erfolgreich und bürgernah erfüllen kann.

Wahlfreiheit? Habe ich die nicht schon?

Wahlfreiheit ist nicht nur in der Wahlkabine wichtig, sondern auch in Ihrem Alltag. Wahlfreiheit haben Sie nur dann, wenn Sie selbst und eigenverantwortlich entscheiden können, wie Sie Ihr Leben gestalten wollen. Darum setzt echte Wahlfreiheit auch echte Alternativen voraus.

Die anderen Berliner Parteien wollen Ihnen immer genauer vorschreiben, wie Sie zu leben und sich zu verhalten haben – mit ständig neuen Vorschriften und Verboten. Aber mit jeder neuen Vorschrift, mit jedem neuen Verbot stirbt ein Stück Ihrer Freiheit.

Nur die Berliner FDP macht sich stark für weniger Bürokratie, weniger Verbote und mehr Freiheit. Mit unserer Politik der Freiheit bieten wir die Alternative zu den anderen Parteien: echte Wahlfreiheit für Sie.

Wir wollen, dass Sie entscheiden!

Sozialdemokratische und sozialistische Parteien haben wir mit Grünen, SPD, CDU und der „Linken“ in Berlin schon genug. Alle haben sich der Verbotspolitik verschrieben und alle ordnungspolitisch-marktwirtschaftlichen Grundsätze über Bord geworfen. Nur noch die Berliner FDP vertritt die Interessen derer, die von Politik mehr erwarten als ständige Besserwisserei, Bevormundung und Staatsgläubigkeit.

Einzig die Berliner FDP verteidigt Ihre Freiheit. Andere Parteien sehen sich als Vertreter der „herrschenden Meinung“, glauben, die Weisheit für sich gepachtet zu haben und ohne echten Dialog auszukommen. Wir sind überzeugt davon, dass „politische Korrektheit“ nie dazu führen darf, dass Berliner Probleme geleugnet oder totgeschwiegen werden. Wir nennen die Dinge beim Namen.

Wer Freiheit leben will, muss frei denken, sich frei äußern und vor allem in Zukunft frei entscheiden können.

Mit freien Köpfen Berlin neu denken – echte Wahlfreiheit erleben:

DIE NEUE BERLINER FDP.



Christoph Meyer

Der Spitzenkandidat der Berliner FDP



Nicht die Armut Berlins ist sexy, sondern Chancen, Dynamik und Leistungsbereitschaft – das ist das Motto des liberalen Spitzenkandidaten Christoph Meyer.

Der 1975 in Berlin geborene gelernte Bankkaufmann und Rechtsanwalt ist Landes- und Fraktionsvorsitzender der FDP Berlin. Seit 2002 gehört er dem Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses an. Ihm als Haushalts- und Finanzexperten liegt die effiziente Verwendung Ihrer Steuergelder ebenso am Herzen wie das Gestalten der Zukunft unserer Stadt Berlin.

Freie Demokratische Partei

Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin

Telefon: 030 27 89 59 - 0
Fax: 030 27 89 59 - 17
E-Mail: fdp-berlin@fdp.de

Unser vollständiges Wahlprogramm erhalten Sie über unsere Landesgeschäftsstelle oder im Internet.

fdp-berlin.de

DIE NEUE
Wahlfreiheit

FDP

B e r l i n